



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	3
3.	Griechische Zyprioten	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen.....	6
	Außenpolitik	6
4.	Türkische Zyprioten	7
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	9

1. Zypernfrage

Dem amerikanischen Botschafter in Zypern, John Koenig, zufolge, ist die Zypernfrage eines der globalen Probleme, die der amerikanische Außenminister John Kerry während seiner Amtszeit zu lösen hofft.

Der Botschafter wiederholte die Aussage des amerikanischen Präsidenten Obama vom 8. August während eines Treffens in Washington mit dem griechischen Premierminister Antonis Samaras, dass die Umstände zur Lösung der Zypernfrage günstig seien. Der amerikanische Präsident versicherte, dass er in Bezug auf andere regionale Fragen eng mit Griechenland zusammenarbeiten werde. Auch Samaras zufolge haben sich die Chancen verbessert. Er bezog sich auf den Vorschlag von Präsident Nicos Anastasiades, die abgezaunte Geisterstadt Varosha an ihre ursprünglichen Einwohner zurückzugeben und im Gegenzug dafür den Hafen von Famagusta für den Handel mit dem Norden unter EU Aufsicht zu öffnen.

Türkisch-zypriotischen Medien zufolge hat die Interimspremierministerin Sibel Siber die türkischen Zyprioten aufgefordert, einen Immobilientausch mit den griechischen Zyprioten mit Hilfe der Kommission für unbewegliches Eigentum (Immovable Property Commission – IPC) anzustreben, wenn eine Einigung mit den Besitzern von vor 1974 erzielt werden kann. Seit dem Gerichtsurteil im Fall Demopoulos von 2010 wird die IPC von dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als ein zuständiges Rechtsorgan für Eigentumsansprüche von Seiten der griechischen Zyprioten angesehen. In

diesem Rahmen stehen Kompensation, Eigentumstausch oder Rückgabe zur Auswahl. Die griechisch-zypriotische Anwältin Eleni Meleagrou, die ihren Fall kürzlich vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte brachte, beschrieb Sibers Vorschlag als logistisch wie auch rechtlich problematisch.

Bei einem möglichen Immobilientausch müsste ein türkischer Zypriote einen zum Tausch willigen griechischen Zyprioten finden und die IPC müsste einen türkischen Zyprioten ausfindig machen, dessen Land einen entsprechenden Wert hat. Zudem könnten über die Bearbeitung des Antrags durch das Katasteramt der ‚TRNZ‘ 1 Jahre vergehen. Das könne man daran erkennen, dass von 5.000 ausgefüllten Anträgen bisher nur 412 abgeschlossen worden seien. Zudem könnte die IPC Nachweise verlangen, die beweisen, dass der Antragssteller als Eigentümer eingetragen ist oder dass es sich um einen Erben des ursprünglichen Eigentümers handelt. In diesem Fall müsste der Erbe eine Geburtsurkunde sowie eine Sterbeurkunde vorlegen. Aber selbst wenn ein türkischer Zypriote einen griechischen Zyprioten fände, der mit einem

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Derviş Eroğlu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis seine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

Tausch seines Eigentums im Norden gegen ein türkisch-zypriotisches Eigentum im Süden einverstanden wäre und der Antrag von der IPC positiv bewertet würde, dann, so Meleagrou, würde die Regierung im Süden das Eigentum nicht auf den Namen des griechischen Zyprioten eintragen. Stattdessen käme es unter Aufsicht der Behörde des Innenministeriums für türkisch-zypriotisches Eigentum.

Am 14. August jährte sich zum 39. Mal das Ende der zweiten Phase der türkischen Invasion in Zypern. Nachdem am 22. Juli 1974 ein Waffenstillstand erklärt worden war, endeten die darauf folgenden Verhandlungen zwischen Großbritannien, Griechenland, der Türkei und Vertretern der griechischen und türkischen Zyprioten in Genf am 13. August 1974 ergebnislos. Die türkische Armee landete in Zypern am 20. Juli 1974, fünf Tage nachdem Erzbischof Makarios III. während eines Militärputsches durch die Junta unter Dimitrios Ioannides gestürzt worden war.

2. Gasvorkommen

Am 8. August unterzeichneten die Energieminister Zyperns, Giorgos Lakkotrypīs, Griechenlands, Yiannis Maniatis, und Israels, Silvan Shalom, in Nikosia ein Memorandum of Understanding über eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wasser und Energie. Dies ist das erste Abkommen dieser Art zwischen diesen drei Staaten. Die Vereinbarung legt die Grundlagen für eine Kooperation, die eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten in den betroffenen

Ländern vorsieht, wie z.B. die Sicherung der Energieversorgung sowie nachhaltige Entwicklung und Zusammenarbeit in der Region.

Die drei Minister begrüßten ein von privater Hand initiiertes ‚EuroAsia Interconnector Project‘, das sich auf eines der vorgesehenen Bereiche für die Zusammenarbeit der drei Staaten bezieht und von der Europäischen Union eine vorläufige Anerkennung als ‚Projekt von gemeinsamem Interesse‘ erhielt. Das erste der insgesamt drei Projekte bezieht sich auf eine Elektrizitätsverbindung zwischen Zypern, Griechenland und Israel mit Hilfe eines Unterseekabels. Das zweite Projekt umfasst eine Unterseepipeline zwischen dem östlichen Mittelmeer und Europa über Griechenland. Das dritte Projekt umfasst das ‚Med Storage Project‘, in dessen Rahmen Zypern Tanks bei Vasilikos zur Lagerung von Flüssiggas (LNG) zur Verfügung stellen soll, um die strategischen Interessen Zyperns und Israels sowie anderer europäischer Länder zu sichern. Obwohl dies der erste Schritt einer noch nie dagewesenen Zusammenarbeit dieser drei Länder ist, so ist das Abkommen im Moment doch eher eine Absichtserklärung und kein Fahrplan für spezifische Maßnahmen, da zunächst die Wirtschaftlichkeit aller drei Projekte geprüft werden muss.

Die engere Beziehungen zwischen Zypern und Israel waren auch ein Hauptthema in der Rede von Präsident Anastasiades bei der Eröffnung der fünften Meerwasserentsalzungsanlage, die gemeinsam von zypriotischen und israelischen Unternehmen gebaut worden war.

Lakkotrypis gab zu erkennen, dass die Verhandlungen zwischen Zypern und den beiden Energieunternehmen Noble und Delek über den Bau einer Verflüssigungsanlage in eine substantielle Phase getreten seien. Dem Minister zufolge ist die wichtigste Phase der Probebohrungen, die eine Tiefe von 5.600 Metern unter dem Meeresspiegel erreichten, abgeschlossen. Die Auswertung der geologischen Daten hat begonnen und soll einige Wochen dauern.

Berichten zufolge zieht Delek, der israelische Partner von Noble in Block 12, den Export von Gas aus seinen israelischen Feldern in die Türkei, Ägypten, Jordanien und der Palästinensischen Behörde mit Hilfe einer oder mehrere Pipelines in Betracht. Sollte eines dieser Vorhaben, vor allem eine Pipeline in die Türkei, verwirklicht werden, dann würde dies die Chancen für eine israelische Nutzung der von Zypern geplanten Verflüssigungsanlage, um Gas entweder nach Europa oder nach Asien zu exportieren, schmälern. Dies wiederum würde die Chancen für Zypern verringern, ein regionaler Energieumschlagplatz zu werden.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die erste Bewertung der Troika², die am 31. Juli abgeschlossen wurde, bescheinigt Zypern, auf

² Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond.

dem richtigen Weg zu sein und seinen Verpflichtungen nachzukommen, wobei jedoch die zukünftige Entwicklung keineswegs klar ist.

Im Rahmen eines Abkommens mit der Troika soll die Regierung ungefähr 1,5 Milliarden Euro des 10 Milliarden Euro umfassenden Rettungspakets zum Kauf von Anteilen an den Genossenschaftsbanken verwenden, so dass jene rekapitalisiert werden können, ohne die Spareinlagen anzugreifen, wie dies bei den Geschäftsbanken geschehen war. Die Genossenschaftsbanken sollen den Betrag nach der Auszahlung der zweiten Tranche des Rettungspakets erhalten. Dem muss die Eurogruppe noch am 13. September zustimmen. Durch den Kauf von 99% der Anteile wird der Staat alleiniger Anteilseigner der Genossenschaftsbanken. Die 93 Genossenschaftsbanken sollen fusioniert werden, so dass noch 18 Geldhäuser übrigbleiben. Dies gehört zu den Bedingungen des Rettungspaketes. Die Aufsicht über die Genossenschaftsbanken geht auf die Zentralbank über. Zudem sollen 3.000 Angestellte in den Genuss einer großzügigen Vorruhestandsregelung kommen.

Nach Abschluss der Rekapitalisierung der Bank of Cyprus (BoC) mit Hilfe der Spareinlagen, wurde die Bank am 31. Juli aus der Zwangsverwaltung entlassen. Die Wahl eines neuen Vorstandes wurde für den 10. September angekündigt. Als Teil der Restrukturierung beantragten 1.370 Angestellte den freiwilligen Vorruhestand, wodurch die jährlichen Kosten um ca. 37% sinken. Desgleichen haben sich 170 Angestellte der Hellenic Bank für einen Vorruhestand entschieden, was eine Kosten-

reduzierung von ca. 14% pro Jahr bedeutet. Die Hellenic Bank verringerte die Zahl der Angestellten um 11% und die Gehälter um 14%, um die Betriebskosten zu senken. In der Zwischenzeit hat die Kirche, die der Hauptanteilseigner der Hellenic Bank ist, angekündigt, dass sie gegebenenfalls Top-immobilien verkaufen werde, um die 300 Millionen Euro aufzubringen, die sie benötigt, um ihren Status als Mehrheitseigner nicht zu verlieren.

Der Finanzminister kündigte am 2. August eine Lockerung der Restriktionen bei der Eröffnung neuer Bankkonten an. Die neuen Regelungen sind Teil des 19. Erlasses zur Kapitalverkehrskontrolle. Das Ministerium veröffentlichte am 8. August einen mit der Troika ausgearbeiteten Fahrplan zur schrittweisen Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen, die seit März in Kraft sind. Die Aufhebung der Kontrollen hängt von wichtigen Entscheidungen in Bezug auf die Rekapitalisierung und Restrukturierung des Bankensektors ab.

Im Juli zogen Konsumenten und Firmen weiterhin Kapital von den zyprischen Banken ab. Die Einlagen der Privatwirtschaft fielen um 2,4% auf 36,7 Milliarden Euro, nachdem sie im Juni um 7,6% gefallen waren.

Dem Amt für Statistik zufolge stieg die Arbeitslosenquote im Juli auf 17,3%, was einem Anstieg von 31% zum Vorjahr bedeutet. Dies ist der höchste Zuwachs in Europa. Eurostat zufolge gibt es jetzt 78.000 Arbeitslose im Süden der Insel.

Das Wall Street Journal berichtete von einem massiven Rückgang von russischen Direkt-

investitionen in Zypern. Im Zeitraum von Januar bis März 2013 sind nur 2 Milliarden Euro auf der Insel investiert worden. Im letzten Quartal 2012 hingegen waren es noch 15,8 Milliarden gewesen.

Der russische Finanzminister Sergei Storchak kündigte an, dass das russische Kabinett eine Umstrukturierung des 2,5 Milliarden Euro schweren russischen Darlehens an Zypern aus dem Jahr 2011 beschlossen habe. Das Darlehen soll ab 2016 in acht gleich hohe Tranchen, die alle sechs Monate fällig werden, zurückgezahlt werden. Der Zinssatz wurde auch von 4,5% auf 2,5% gesenkt.

Am 29. August wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das die nahezu absolute Macht der Zentralbank bei einer Bankenabwicklung begrenzt. Das Gesetz sieht vor, dass die mit der Abwicklung vertraute Behörde zukünftig aus Vertretern des Finanzministeriums, der Zentralbank und der Börsenaufsichtsbehörde besteht. Unter der neuen Regelung können Entscheidungen bei der Bankenabwicklung mit einer einfachen Mehrheit verabschiedet werden. Die DISY hatte seit langem versucht, ein im März 2013 verabschiedetes Gesetz zu ändern, das die Zentralbank als einzig zuständige Behörde bei Bankabwicklungen zulässt. In der Vergangenheit hatte der Präsident der Zentralbank, Panikos Demetriades, der von der Vorgängerregierung unter AKEL berufen worden war und von der DISY-Regierung wiederholt zum Rücktritt aufgefordert wurde, damit gedroht, seine Mitarbeit in der neuen Behörde zu verweigern, falls das Gesetz verabschiedet werde.

Innenpolitische Entwicklungen

Der ehemalige Präsident Demetris Christofias sollte am 22. August seine Aussage vor dem Untersuchungsausschuss machen, der sich mit den Umständen und der Entstehung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs befasst. Der Präsident verließ die Sitzung vorzeitig, da er seine vorbereitete, 25 Seiten lange Erklärung nicht vorlesen durfte.

Die Mehrzahl der Geschehnisse, die der Ausschuss untersucht, fand während Christofias' Amtszeit zwischen März 2008 und Februar 2013 statt. Christofias beschuldigte den Ausschuss, seine Anhörung direkt vor jene des ehemaligen Präsidenten der Zentralbank Athanasios Orphanides gesetzt zu haben. In Orphanides Aufgabenbereich fiel die Bankenaufsicht während Christofias Amtszeit. Orphanides hatte Christofias für sein Vorgehen in der Krise stark kritisiert. Christofias weigerte sich, wie jeder andere Zeuge behandelt zu werden und drohte damit, die Sitzung zu verlassen, als der Ausschussvorsitzende Giorgos Pikkis darlegte, dass er seine Erklärung am Ende der Sitzung vorlesen könne, so wie alle anderen Zeugen. Der ehemalige Präsident verlangte ebenfalls, dass ihm alle Fragen schriftlich vorgelegt werden, damit er sie schriftlich beantworten könne.

In seiner Aussage vor dem Ausschuss gab sich der ehemalige Präsident der Zentralbank, Orphanides, angriffslustig und beschuldigte die AKEL und die Vorgängerregierung, es wiederholt versäumt zu haben, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und die Interessen der Partei vor jene des Staates gestellt zu haben. Stattdessen

habe man sich auf die Präsidentschaftswahlen im Februar konzentriert und nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Während seiner Anhörung vor dem gleichen Komitee, betonte Präsident Anastasiades seine Unzufriedenheit mit der Vorgängerregierung und deren Mangel an Initiative.

AKEL wiederum bezweifelte die Legitimität des Ausschusses, nachdem Christofias die Anhörung vorzeitig verlassen hatte. Der Ausschuss sei illegal, da ein Ausschuss dem entsprechenden Gesetz zufolge nicht von dem Kabinett berufen werden könne, wenn das Kabinett und der Präsident in der Untersuchung involviert seien.

Der Ausschuss wartet nun auf eine Bewertung des Generalstaatsanwaltes, um über das weitere Vorgehen nach Christofias Abgang zu entscheiden.

Das Elektrizitätswerk bei Vasilikos arbeitet wieder mit voller Kapazität, zwei Jahre, nachdem am 11. Juli 2011 eine Explosion in der nahegelegenen Marinebasis bei Mari fast das gesamte Kraftwerk zerstört und Stromausfälle zur Folge hatte. Die Explosion wirkte sich negativ auf die Wirtschaft der Insel aus und trug auch – indirekt – zu der Notwendigkeit eines internationalen Rettungspaketes bei.

Außenpolitik

Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Syrien erwägt die USA einen gezielten Luftangriff gegen die syrischen Regierungstruppen und strategische Ziele als Antwort auf einen

vermuteten Giftgasangriff durch das Assad Regime.

Ein gezielter Militärschlag auf syrische Militärsziele durch amerikanische und französische Truppen erschien Ende August immer wahrscheinlicher. Durch Zyperns geografische Nähe zu Syrien und das ursprüngliche Versprechen der britischen Regierung, an dem Angriff teilzunehmen, gab es Bedenken, dass die britischen Militärbasen auf der Insel das Land in die Konfrontation mithineingezogen werden könnten. Mit zwei souveränen Basen, wichtigen militärischen Anlagen sowie hochentwickelten Abhöranlagen, schien es möglich, dass die britischen Truppen oder Anlagen in Zypern Ziel eines Vergeltungsschlages werden könnten. Diese Gefahr nahm beträchtlich ab, als das britische Parlament gegen eine Teilnahme Großbritanniens an einer militärischen Operation stimmte.

Aufgrund der sich verschlechternden Situation traf sich Außenminister Ioannis Kasoulides mit britischen, amerikanischen und französischen Diplomaten. Vor der Abstimmung des britischen Unterhauses betonte Kasoulides, dass die britischen Militärbasen auf Zypern keine wesentliche Rolle in einem möglichen Militärschlag gegen das syrische Regime spielen würden. Er reagierte auf Berichte des Guardian, wonach das Eintreffen von Militärflugzeugen und Militärtransportern auf der Militärbasis bei Akrotiri ein Zeichen für die Vorbereitungen für solch einen Militärschlag seien. Gleichzeitig wiederholte Kasoulides die Haltung der Regierung, dass ‚der Gebrauch von Massenvernichtungswaffen wie z.B. chemische Kampfstoffe

nicht ohne Folgen bleiben kann‘. Diese Aussage signalisiert einen klaren Sinneswandel in der zypriotischen Außenpolitik hin zu westlichen Sicherheitsinteressen.

Kasoulides besprach mit den Mitgliedern des Kabinetts, welche Vorbereitungen für eine mögliche Evakuierung von Ausländern aus Syrien getroffen werden können. Er bezog sich auf den nationalen Notfallplan ‚Estia‘, der während des israelisch-libanesischen Krieges 2006 aufgestellt worden war und die Nutzung zypriotischer Häfen und Flughäfen vorsieht. Die Insel ist in der Lage täglich für eine begrenzte Zeit bis zu 10.000 ausländische Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, solange die gleiche Anzahl von Menschen die Insel alle 48 Stunden verlässt.

Das Außenministerium forderte alle zypriotischen Bürger, die in Syrien wohnen oder dort zu Besuch sind, das Land sofort zu verlassen.

4. Türkische Zyprioten

Der August wurde von den Bemühungen dominiert, nach den bereits im Juli durchgeführten Parlamentswahlen eine Koalitionsregierung zu bilden. Die neuen Abgeordneten leisteten am 12. August ihren Eid.

Während die linke Republic Turkish Party (CTPBG) aus den Wahlen als die am stärksten im Parlament vertretene Partei hervorging, hatte sie dennoch keine Mehrheit und musste mit einer der mitte-rechts Parteien eine Koalition bilden. Zur Auswahl standen entweder die Democrat

Party (DP-UG) oder die National Unity Party (UBP). Eine weitere Möglichkeit bestand in der Bildung einer großen Koalition, die auch die links gerichtete Communal Democracy Party (TDP) beinhaltet hätte, die jedoch nur drei Sitze im Parlament innehat.

Die wahrscheinlichste Koalition war jene zwischen CTP-BG und der DP-UG. Beide Parteien hatten zuvor kooperiert, um vorgezogene Wahlen abzuhalten und haben auch in der Übergangsregierung davor zusammengearbeitet. Die 21 Sitze der CTP-UG zusammen mit den 12 Sitzen der DP-UG würden eine Regierungsmehrheit in dem 50 Sitze umfassenden Parlament sichern. Die UBP war ein unwahrscheinlicher Partner, da der Wahlausgang ein Urteil über die Führung und Regierungsarbeit der UBP der vorangegangenen vier Jahre war.

Medienberichten zufolge war der CTP-BG Parteiausschuss gerade dabei, über den Koalitionsvertrag mit der DP-UG abzustimmen, als der Parteivorsitzende der CTP-BG, Ozkan Yorgancioglu, von dem türkischen Minister für zypriotische Angelegenheiten, Besir Atalay, angerufen wurde. Es wurde berichtet, dass Atalay die Ansicht der türkischen Premierminister Erdogan vorgetragen habe, wonach jener ein Koalitionsbündnis mit der UBP vorziehe. Der Vorsitzende der DP-UG, Serdar Denktas, der Sohn des verstorbenen früheren Präsidenten Rauf Denktas, war nicht immer einer Meinung mit der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) in Ankara gewesen. Die Einmischung wurde kontrovers aufgenommen. Dennoch nahm der Parteiausschuss den Koali-

tionsvertrag an und eine Regierungsbildung mit der DP-UG fand am 29. August statt.

Die CTP-BG übernahm das Amt des Premierministers, das Außen-, Innen-, Finanz-, Landwirtschafts- und Energieministerium sowie die Ministerien für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Die DP-UG hingegen übernahm das Amt des Vize Premierministers und die Ministerien für Tourismus und Wirtschaft, Öffentliche Arbeiten und Transport, das Ministerium für Erziehung, Jugend und Sport sowie Umwelt und Rohstoffe.

Überraschenderweise wurde die Premierministerin der Übergangsregierung, Sibel Siber, die die CTP-BG mit einer Stimmenmehrheit angeführt hatte, nicht in das neue Kabinett berufen. Ihr wurde später die prestigeträchtige, jedoch nur symbolische Rolle der Parlamentssprecherin angeboten. Ozkan Yorgancioglu als Parteivorsitzender wurde Premierminister. Durch den hohen Stellenwert der Friedensgespräche und die Wahrscheinlichkeit, dass neue Gespräche im Herbst aufgenommen werden, war die Ernennung von Ozdil Nami zum Außenminister keine große Überraschung. Nami ist ebenfalls ein Mitglied der CTP-BG und war Mehmet Talats ehemaliger Sonderbeauftragter in den Verhandlungen von 2008 bis 2010. Man geht davon aus, dass Nami die Verhandlungen führen wird, obwohl Präsident Dervis Eroglu formal die türkische-zyprische Bevölkerungsgruppe in den Verhandlungen vertritt. Serdar Denktas, der Vorsitzende der DP-UG übernahm den Posten des Vize Premierministers sowie die Ministerien für Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Sport.

Das Innenministerium ging an Terrüken Ulucay (CTP-BG), das Finanzministerium an Zeren Mungan (CTP-BG). Das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Transport wurde an Ahmet Kasif (DP-UG), das für Arbeit und Soziales an Aziz Gürpınar (CTP-BG), jenes für Ernährung, Landwirtschaft und Energie and Onder Sennaroglu (CTP-BG) vergeben. Das Umwelt- und Rohstoffministerium ging an Hamid Bakirci (DP-UG), das für Erziehung an Mustafa Arabacioglu (DP-UG) und das Gesundheitsministerium an Ahmet Gulle (CTP-BG).

Es ist bemerkenswert, dass das Kabinett ausschließlich aus Männern besteht. Die Abwesenheit von Frauen in der Regierung wurde von den Medien kritisch kommentiert, besonders da die Übergangsregierung von einer Frau, Sibel Siber von der CTP-BG geführt worden war.

Was die Zypernfrage betrifft, so verfolgt Präsident Eroglu den Beginn umfassender Gespräche für Anfang Oktober. Diese Sicht wird auch von den Vereinten Nationen geteilt. Vor diesem Hintergrund wies Eroglu die Versuche der griechisch-zypriotischen Seite zurück, das Thema Rückgabe von Varosha/Maras als vertrauensbildende Maßnahme auf den Tisch zu bringen. Da Varosha/Maras seit 1974 eine Geisterstadt ist, die ursprünglich gar nicht von der Türkei erobert werden sollte, wurde dieses Thema während der jahrzehntelangen Gespräche immer wieder als Teil eines Pakets von vertrauensbildenden Maßnahmen diskutiert. Die türkische Seite besteht jedoch darauf, dass es sich um eine territoriale Frage handele und somit Teil einer umfassenden Lösung sei.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Montag, 16. September 2013, 19:30-22:00 Uhr
POLITEIA CYPRUS / FES

Konferenz

Celebrating Democracy Day: Perspectives from Cyprus and the Arab Spring

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung



Freitag, 20. September 2013, 19:00-20.30 Uhr
GOETHE INSTITUT / CYPRUS ACADEMIC FORUM (CAF)/ FES

Vortrag von Thorsten Kruse

A Remarkable Triangle Relationship in the Cold War: Cyprus and the Two German States in the Period from 1960 until 1972

Goethe-Institut Cyprus hall (in der Pufferzone neben dem Ledra Palace)
Öffentliche Veranstaltung



Samstag, 28. September 2013,
GAT CYPRUS / PRIO CYPRUS / FES

Konferenz

Gender & Law

Home for Cooperation (in der Pufferzone)
Öffentliche Veranstaltung



Samstag 5. Oktober 2013, 14.30-19.30

FES

Konferenz und 'Round Table' Diskussion

**"PICGS" in Trouble. The Impact of the Crises
and Austerity Policies on Portugal, Italy, Cyprus,
Greece and Spain**

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia
Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch 23. Oktober 2013, Famagusta

KTOS Famagusta Headquarter

and

Freitag 25. Oktober 2013, Morphou

Baris Nursery School

POST RI / KTOS / FES

Konferenz and Workshop

Peace Education and Gender workshop for

Women Educators

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern

Stasandrou Str. 20, Apt. 401

CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Web-Seite (ab September): www.fescyprus.org

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com